

# P R E S S E D I E N S T

PresseDienst der „Osvobodilna fronta za slovensko Koroško“, Klagenfurt, Salmstraße 6

Jahrg. II.

3. April 1947.

Nr. 13.

EIN TELEGRAMM DES LANDESAUSSCHUSSES DER OF  
AN MARSCHALL TITO.

CELOVEC - KLAGENFURT, 3.4.1947. Der Landesausschuss der OF sandte anlässlich der Rede des Marschall Tito vor dem Parlament in Beograd folgendes Telegramm:

Dem Ministerpräsidenten der FVRJ

Marschall Josip Broz - Tito

B e o g r a d .

Ihre Worte haben uns neue Kraft gegeben. Im Bewusstsein, das Sie der FVR Jugoslawien Richtung geben, das heute in den vordersten Reihen der vortschrittlichen Menschheit im Kampfe gegen die düstere Reaktion steht, blicken wir mit Vertrauen in die Zukunft. Unser tägliche Kampf mit dem neu heranwachsenden Faschismus bestätigt die Richtigkeit des Kampfweges der Kärntner Slovenen in ihren Bestrebungen nach der Vereinigung mit der FVR Jugoslawien. Wir danken Ihnen für ihre Stütze und versichern Ihnen, dass wir unter der Flagge der Freiheit vereint unseren Weg fortsetzen werden.

Landesausschuss der OF für Slovenisch Kärnten

ZWEI TELEGRAMME DES LANDESAUSSCHUSSES DER OF  
AN DEN VERTRETER DER FVR JUGOSLAVIEN IN MOSKAU  
EDUARD KARDELJ.

An den Minister der FVR Jugoslawien

Eduard K a r d e l j

M o s k a u .

Wir begrüßen Sie als Vorkämpfer für die Rechte des slovenischen Volkes. Unsere Forderungen, die Sie im Namen der FVR Jugoslawien vertreten, sind gerecht. Wir sind entschlossen, für ihre Erreichung alles zu opfern. Auch die Gewalttätigkeit der letzten Tage werden uns nicht brechen. Wir halten unsere Fahne hoch.

Landesausschuss der  
Osvobodilna fronta za Slovensko Koroško.



An den

Minister der FVR Jugoslawien

Eduard K a r d e l j

M o s k a u .

Zur Zeit, da Sie unsere Forderung nach vollkommener Freiheit vertreten, vergewässern wir Ihnen die Bereitschaft aller Kärntner Slovenen, dass sie für dieses Ziel bereit sind alles zu opfern.

Slovenischer Kulturverband.

PROTEST DES LANDESAUSSCHUSSES DER OF WEGEN  
DER GERICHTSVERHANDLUNG IN VÖLKERMARKT.

CELOVEC - KLAGENFURT, 28.3.1947. Der Landesausschuss der OF reichte anlässlich der Gerichtsverhandlung gegen die Repräsentanten der OF in Völkermarkt, die wegen Führung von slovenischen Fahnen verurteilt wurden, folgenden Protest der Konferenz der Aussenminister in Moskau ein:

An die

Konferenz der Aussenminister

in M o s k a u .

Der Landesausschuss der "Osvobodilna fronta za Slovensko Koroško" wendet sich im Namen der Kärntner Slovenen an die Konferenz der Aussenminister in Moskau mit einem Protest wegen des Vorgehens der Organe der britischen Okupationsbehörden, die am 27.3.1947 zehn Repräsentanten der Osvobodilna fronta wegen Teilnahme an einer antifaschistischen Veranstaltung und Tragens der slovenischen Fahne verurteilt haben.

Nach allen Ueberfällen, die seitens verschiedener nazistischer Organisationen und faschistischer Elemente an Kärntner Slovenen und slovenischen Veranstaltungen, bedeutet die Verurteilung der bewährten antifaschistischen Kämpfer ein grosses Unrecht, das die faschistischen Elemente in Kärnten zu neuen terroristischen Aktionen an Kärntner Slovenen anstacheln wird.

Wir betonen neuerlich, dass die wachsende Gewalttätigkeit der faschistischen Elemente an den Slovenen in Kärnten eine ernste Mahnung der gesamten demokratischen Weltöffentlichkeit ist, dass in Kärnten nicht die Demokratisierung vor sich geht, sondern ein neuer Nazismus



ins Leben gerufen wird.

Wir Kärntner Slovenen können in einem solchen Österreich keine Freiheit und kein Bestehen erwarten, sondern wir verlangen eine Zusicherung unserer nationalen demokratischen Rechte durch die Vereinigung mit der FVR Jugoslawien.

Klagenfurt, dne 28.3.1947.

Primožič Franc /e.h./  
Für den Sekretär.

Dr.Petek /e.h./  
Vorsitzender.

FEIERLICHE BESTATTUNG VON PARTIZANEN IN  
KÖTTMANNSDORF.

KOTMARA VAS - KÖTTMANNSDORF, 30.3.1947. Am Sonntag den 30.3.47 wurden 3 Partisanen im feierlichen Akt am Friedhof in Köttmannsdorf beigesetzt. Die Bevölkerung versammelte sich in grosser Anzahl, um den gefallenen Helden des antifaschistischen Kampfes die letzte Ehre zu erweisen. Eine grosse Anzahl von Kränzen, die mit Blumen, Freiheitssternen und slovenischen Trikoloren geschmückt waren, bewiesen die Dankbarkeit der slovenischen antifaschistischen Bevölkerung den Helden. Ueber dem offenen Grabe flatterte die jugoslawische Fahne im Verein mit den Flaggen der Verbündeten. Am Begräbnis nahmen die Vertreter der Jugoslawischen Armee, wie der Kärntner Partisanen und die Mitglieder des Landesausschusses der OF Franc Primožič, Dr.Mirt Zwitter und Urh Olipic statt.

Im Namen der Kampfgenossen verabschiedete sich von ihnen der Organisationssekretär des Landesausschusses der OF Franc Primožič. Er versprach den Gefallenen Kampfgenossen aus dem Kampfe gegen den Faschismus, dass ihr Kampf solange fortgesetzt wird, bis auch der neuauftretende Faschismus in Kärnten ausgerottet sein wird. Darum schreckt uns auch das nicht, dass unsere Kampfgenossen heute verhaftet werden, weil sie die slovenische Fahne führen, unter welcher wir gemeinsam gegen den Faschismus gekämpft haben.

Im Namen der Jugoslawischen Armee verabschiedete sich von den gefallenen Partisanen Major Milanič. Er führte unter anderem aus: Dem Kampfe der jugoslawischen Völker unter der Leitung Marschall Titos gesellten sich alle slovenischen Länder bei, unter ihnen auch Slovenisch Kärnten, wo Ihr Euer Leben für die Befreiung dieses Teiles des slovenischen Bodens geopfert habt.



Dann sprachen noch der Sekretar des Bezirksausschusses der OF Klagenfurt Pitschek und der Vertreter der österreichischen Antifaschisten Ltg. Abgeordneter Kazianka, der das Gelöbniß abgab, alle wahren österreichischen Antifaschisten werden mit den slovenischen Antifaschisten gemeinsam im Kampf gegen den neuauftretenden Faschismus in Kärnten stehen.

NACHKLANG ZUM BEGRIEBNISS IN KÖTTMANNSDORF-  
NAZISTISCHE UEBERFAELLE.

In der Nähe von Köttmannsdorf wurden die heimkehrenden Teilnehmer des Begräbnisses aus dem Hinterhalt mit Feldblöcken, die bergab unter sie auf die Strasse geschleudert und herabgelassen wurden, überfallen.

In der folgenden Nacht wurden von den Gräbern der antifaschistischen Kämpfer - Partisanen die Kränze vernichtet und die Gräber selbst geschändet.

GRUNDSÄTZLICHE ABLEHNUNG DER AMTSBESCHEINIGUNG  
DES § 4 DES OPFERFÜRSORGEGESETZES FÜR KÄRNTNER  
SLOVENEN.

CELOVEC - KLAGENFURT, 31.3.1947. Wir brachten bereits einige Fälle, in denen die Kärntner Landesregierung Kärntner Slovenen die Ausgabe der Amtsbescheinigung ablehnte, obwohl die Antragsteller dazu berechtigt waren, eine zu erwerben.

Mit Akt Zl.19-29469/47 vom 3.3.1947 lehnte das Amt der Kärntner Landesregierung das Ansuchen des Anton Knes in Längsdorf ab mit der Begründung: "Nach den Durchgeführten Erhebungen konnte nicht festgestellt werden, dass die Verhaftung des Antragstellers auf politische Gründe zurückzuführen ist. Es ist vielmehr mit Sicherheit anzunehmen, dass die Massnahme wegen arbeitsunwilligen Verhalten erfolgte."

In Wirklichkeit wurde Anton Knes am 9.1.1943 von der Gestapo wegen seiner antifaschistischen Haltung verhaftet und dann aus Klagenfurt ins KZ Dachau überstellt, wo er auch als politischer Häftling mit dem Roten Winkel bezeichnet wurde, was seine Leidensgenossen bestätigen können. Dasselbe kann auch der nazistische Gendarmerie-Revierinspektor Viktor Goritschnig bestätigen, der seine Verhaftung vornahm und heute noch Gendarmeriepostenkommandant in



Seebach bei Villach ist.

Anton Knes hat gegen die Entscheidung des Amtes der Kärntner Landesregierung beim Bundesministerium für soziale Verwaltung in Wien Einspruch erhoben.

Laut unzähligen Aufrufen der Verbündeten während der Kriegszeit auf Wirtschaftssabotage, wäre auch die damalige nazistische Bezeichnung "arbeitsunwilliges Verhalten" eines Antifaschisten eine rein politische Bezeichnung, was auch dem Amt der Kärntner Landesregierung nicht unbekannt geblieben sein kann.

#### VOR UND HINTER DEN KULISSEN.

Das Schulproblem ist für jedes Volk das Fundament der nationalen Existenz, die Grundlage der kulturellen Entwicklung und die Vorbedingung der wirtschaftlichen Entfaltung. Durch Jahrzehnte wird in Kärnten zwischen den beiden Volksteilen ein erbitterter Kampf um eine gerechte Regelung der Schulfrage geführt. Die Mehrheitsverhältnisse der gesetzgebenden Körperschaft liessen aber zu keiner Zeit eine den Slovenen gerecht werdende Lösung zu. Der von der Lehrerschaft in die Schule getragene Geist der nationalen Unduldsamkeit trug seinen Teil dazu bei, dass die Schule zur Germanisierungszentrale für die slovenische Jugend wurde. Diese Tatsache wurde von den Slovenen schon zur Zeit Andrej Einspielers vor 70 Jahren gegeißelt, von France Grafenauer und seinen Mitarbeitern in der Monarchie wurde der Kampf gegen diese Germanisierungszentrale fortgesetzt. Nach 1920 haben sich die Verhältnisse noch wesentlich verschlechtert, während auf deutscher Seite jede Germanisierung, ja sogar jede Germanisierungsabsicht in Abrede gestellt wurde, was neuerlich durch die Erklärungen der österreichischen Vertreter in London unter Beweis hätte bewiesen werden sollen. In der Kärntner Presse lesen wir ja täglich die Beteuerungen der Gleichberechtigung. In London hatte einzig der Vertreter der Sowjetunion die Tatsächliche Lage erkannt, denn für ihn waren ja die Volkszählungsergebnisse schon schlagendste Beweise der durchgeführten Germanisierung.

Mit 4.8.1946 hatte die Slovenska prosvetna zveza /Slovenischer Kulturverband/ an das Unterrichtsministerium in Wien eine Beschwerde gegen die herrschenden Schulverhältnisse und die Nichtdurchführung



der Schulverordnung vom 3.X.1947 eingebracht.

In diesem Zusammenhange hatte das Unterrichtsministerium den Landesschulrat für Kärnten in Klagenfurt zur Stellungnahme aufgefordert und auch einen eingehenden Bericht erhalten, aus dem wir einige charakteristische Stellen entnehmen.

In diesem Bericht heisst es:

An das

Unterrichtsministerium

W i e n I  
Minoritenplatz 5.

Betrifft: Stellungnahme zum Einspruch des Slovenischen Kulturverbandes.

Ein kleiner Teil der Bevölkerung des doppelsprachigen Gebietes der besonders aus ehemaligen Nationalsozialisten besteht, versucht durch verschiedenen Massnahmen den zweisprachigen Unterricht zu unterbinden.

So wurde beispielsweise in der Gemeinde Gallizien ein Schulstreik inszeniert, der allerdings nach einer Woche zusammenbrach. Aus zahlreichen Gemeinden langen bei der Landesregierung Eingaben, belegt mit Unterschriften ein, die sich gegen die Einführung des zweisprachigen Unterrichtes wenden. Es konnte festgestellt werden, dass dahinter stets ehemalige Nationalsozialisten in wirtschaftlich einflussreicher Position stehen. Die Kärntner Landesregierung hat in allen diesen Fällen dem Verlangen nicht stattgegeben und besteht auf der strikten Durchführung der Verordnung.

Die Gegner behaupten, die Durchführung der Verordnung käme einer Slovenisierung des zweisprachigen Gebietes gleich. Dieser Geist ist nicht erst aus der Nazizeit, sondern ist älteren Datums und wurde durch die Deutschnationale Bewegung nach Südkärnten getragen. Seit etwa 1890 wurde in Kärnten Sturm gegen die untragistische Schule gelaufen. Der Verein Südmärk, der Deutsche Schulverein, deutschnationale Turn- und Gesangsvereine entwickelten ihre Tätigkeit in dieser Richtung, welche in der Nazizeit das Gaugrnzlandamt und der Kärntner Heimatbund unter Führung Maier-Kaibitsch im verstärkten Masse übernahmen. An diesen "zweisprachigen" Schulen wirken 280 Lehrpersonen. Davon haben die Lehrkefährigungsprüfung für deutsche



und slovenische Unterrichtssprache 33, die Reifeprüfung für die deutsche und slovenische Unterrichtssprache 73, für deutsche Unterrichtssprache mit Slovenischkenntnissen ohne Prüfung 71, für deutsche Unterrichtssprache ohne Slovenischkenntnisse 103.

/Anm. der Redaktion. Wie es mit den Slovenischkenntnissen der "geprüften" Lehrer aussieht, beweisen am besten die Fälle in Loibach und Tainach, wo einwandfrei festgestellt wurde, dass die "geprüften" Lehrer weder von der Deklination noch von der Konjugation eine Ahnung haben./

Ein kleiner Teil der Lehrerschaft des zweisprachigen Gebietes nimmt gegen die Einführung des zweisprachigen Unterrichtes eine ablehnende Haltung ein. Seit etwa 1890 wurde im gemischtsprachigen Gebiete eine Politik der nationalen Unversöhnlichkeit verfolgt. Leider liessen sich sehr häufig die Lehrer dazu missbrauchen. An der Lehrerbildungsanstalt schon wurden sie durch die nationalen Burschenschaften zu dieser Haltung der Unduldsamkeit gegenüber den Slovenen erzogen. Schüler aus dem doppelsprachigen Gebiet standen derart unter Druck, dass sie sich fürchteten, Slovenisch als ihre Muttersprache anzugeben. Darauf ist es auch zurückzuführen, dass die Anmeldung für den slovenischen Kurs von Jahr zu Jahr zurückgingen, sodass er während des ersten Weltkrieges aufgelassen werden musste. Seit 1890 ging die Zahl der utraqustischen Schulen durch "Deutscherklärung" zurück. In der nationalsozialistischen Zeit wurde dieser Schultyp vollkommen abgeschafft. Das Ergebnis dieser Schulpolitik war, dass die Kinder der Kärntner Slovenen weder ihre Muttersprache noch die deutsche Sprache vollkommen beherrschten.

Die Schulaufsichtsbeamten, besonders der provisorische Inspektor für das zweisprachige Schulwesen, bemühen sich nun, durch Vorträge in den Lehrerarbeitsgemeinschaften eine erträgliche Atmosphäre zu schafffen. Leider finden sie in dieser Hinsicht bei anderen öffentlichen Dienststellen wenig Verständnis. So lässt beispielweise die Staatspolizei den Inspektor für zweisprachige Schulen in seiner vortragenden Tätigkeit durch unbelehrbare Lehrer und Lehrerinnen beobachten, welche dann vollkommen entstellte Berichte liefern.

Dann heisst es weiter:

Dass der zweisprachige Unterricht nicht an allen Schulen zufriedenstellend erteilt wird, ist richtig. Die Gründe hiefür sind folgende:



Nur wenige Lehrkräfte sind sprachlich und methodisch so vorgebildet, dass sie den zweisprachigen Unterricht klaglos erteilen können. Die übrigen müssen sich darauf intensiv vorbereiten, wofür häufig die entsprechenden methodischen und auch sprachlichen Be-  
helfe fehlen. Dazu kommt noch die schon erwähnte ablehnende Haltung eines Teiles der Lehrerschaft gegenüber dem zweisprachigen Unter-  
richte."

Soweit der Bericht des Landesachulrates an das Unterrichtsmini-  
sterium. Wir führen dagegen nur zwei Beweise an, wie sich die Kärnt-  
ner Behörden in der Tat um die slovenischen Lehrer bemühten:  
1. Fall Oberlehrer Aichholzer Franz, geb. 1884 zu Unteraichwald bei  
Latschach, ab 1904 im Kärnten Schuldienst, von 1920-1924 ohne An-  
stellung, 1925-1927 Lehrer in Eisentratten/vollkommen deutsches Ge-  
biet/, vom 1.9.1927 bis 13.3.1938 Oberlehrer in Fellach bei Villach  
/wieder an einer rein deutschen Schule/. Mit 13.3.1938 enthoben und  
pensioniert, am 1.9.1939 verhaftet und in das KZ Buchenwald eingeli-  
fert, im April 1940 zurückgekehrt und bis zum Zusammenbruch posten-  
los. Nach 25 Jahren kam der Slovener Oberlehrer Aichholzer an eine  
Schule im slovenischen Gebiet in Latschach im Herbst 1945. "Natio-  
nalsozialisten in wirtschaftlich einflussreichen Positionen" So  
heisst es ja im Berichte des Landesschulrates an das Unterrichtsmi-  
nisterium/ setzten vom neuen ein Kesseltribun gegen Aichholzer ein  
und das Bezeichnende an der Sache ist, dass die Behörden diesen Na-  
zisten Glauben schenkten und Oberlehrer Aichholzer mit 27.3.1946  
wiederum vom Dienste suspendierten. Aichholzer hätte nämlich nach  
Aussage des ehemaligen Landeshauptmannes Piesch an slovenischen  
Versammlungen teilgenommen. Dies scheint für Slovenen also in der  
österreichischen Demokratie verboten zu sein. Am 7 Mai wurde Ober-  
lehrer Aichholzer nach schärfsten Vorstellungen bei der Britischen  
Militärregierung von der Kärntner Landesregierung wiederum in Dienst  
gestellt. Dies ist ein kennzeichnender Fall für das Verhalten der  
österreichischen Schulbehörden an Kärnten gegen die so sehr "ge-  
suchten" slov. Lehrer und noch dazu gegen einen KZ-ler.

Ein zweiter Fall der Bemühungen der Kärntner Schulbehörden ist nicht  
weniger charakteristisch.

Wir bringen den Akt in Abschrift.



Bezirksschulrat Völkermarkt

Zl.1128/46

6.5.1946.

Betr.Koren Johann, Oberlehrer.

in St.Peter am Wallersberg.

Verhalten.

Landesschulrat f.Kärnten

Zl.4295

An den Landesschulrat

in Klagenfurt.

Es wird gebeten, den Oberlehrer von St.Peter am Wallersberg, Johann Koren, in einen deutschen Bezirk zu versetzen.

Grund: Amtsvermerk der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt, aus dem hervorgeht, dass Korens politisches Verhalten für die Gemeinde St.Peter am Wallersberg nicht tragbar ist.

Der Bezirksschulinspektor wurde vor ungefähr 2 Wochen vom Bezirkshauptmann ersucht, Korens Versetzung zu beantragen.

Der Vorsitzende: I.V.

gez. Maklin.

F.d.R.d. Abschrift 31.5.1946 Just/e.h./

Dass die Versetzung eines slovenischen Lehrers bei dem herrschenden Mangel an solchen Lehrern in einen deutschen Bezirk beantragt wird, ist sehr bezeichnend für die Verhältnisse im Lande.

Wer sind nun die Betragenden: ehem.Bürgermeister Matt von der ÖVP, der ehem. Bezirkshauptmann von Völkermarkt Frah ein DP aus Jugoslawien, Bezirksschulinspektor Walter Maklin, dessen Bruder als Mitglied der österr.Legion in Wolfsberg sitzt.

Im Zusammenhange mit diesen kläglichen Schulverhältnissen im Lande hatte auch die KPÖ im Kärntner Landtag eine Interpelation eingebracht, die dann am 4.März 1947 eine Sitzung des Schulausschusses des Kärntner Landtages zur Folge hatte. In dieser Sitzung wurde im Gegensatz zu dem Berichte des Landesschulrates an das Unterrichtsministerium jeder Hinweis darauf vernieden, wie es zu den Verhältnissen gekommen ist. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen zu beweisen, dass sich die Behörden des Landes alle Mühe geben, die Schulverhältnisse im Lande in neue Bahnen zu lenken.

Was von diesem "Bemühen" zu halten ist, beleuchtet folgender Widerspruch: Im Berichte an das Unterrichtsministerium heisst es, dass ehemalige Nationalsozialisten, die sich auch heute noch in führenden wirtschaftlichen Positionen befinden, wo bleibt die Entnazifizierung, auf die sich die österreichischen Behörden immer berufen? Frage der Redaktion: die Sabotage gegen die Durchführung der Schulverordnung leitet...



In der Sitzung am 1.3.47 äusserte dagegen Herr Landesschulinspektor Hofrat Heinzel: "die Gemeinde Gallizien mit einer 100%ig slovenischen Bevölkerung hätte gegen die slovenische Schule protestiert". Da die Gemeindevertretung von der Landesregierung ernannt und nicht vom Volke gewählt wurde stützt offenbar die Kärntner Landesregierung "Nazionalsozialisten in führenden Positionen". In Falle Gallizien ist ausserdem sehr bezeichnend, dass der für den Schulstreik verantwortliche Oberlehrer Kordesch wohl für einige Monate suspendiert, im Herbst 1946 aber als Leiter der zweisprachigen Schule in Köttmannsdorf bestellt wurde.

Der Bericht des Landesschulrates an das Unterrichtsministerium ist für die Verhältnisse im Kärntner Schulwesen sehr charakteristisch und bestätigt die schon viele Jahrzehnte andauernden Beschwerden der Slovenen über die germanisierende Tätigkeit der Kärntner Lehrerschaft und damit auch der Kärntner Schulen.

PROTEST DER SLOVENISCHEN ANTIFASCHISTEN,  
DIE VOM BRITISCHEN MILITÄRGERICHT VERURTEILT WURDEN.

CELOVEC - KLAGENFURT, 28.3.1947. Die slovenischen Antifaschisten, die vom Britischen Militärgericht wegen Tragens von slovenischen Fahnen verurteilt wurden, haben gegen das Urteil mit folgender Begründung Einspruch erhoben:

Das Tragen von jenen Fahnen, unter denen die Kärntner Slovenen an der Seite der Alliierten im bewaffneten Kampf gegen den Faschismus gestanden sind, ist ein grundsätzliches Recht des slovenischen Volkes in Kärnten. Dieses Recht kann dem Volke nicht vorenthalten werden. Noch weniger kann jemand wegen Tragens dieser Fahnen bestraft werden.